



W H K T - R E P O R T

SONDERAUSGABE ZUR LANDTAGSWAHL

Bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktionen antworten

Mit dieser Sonderausgabe möchte der WHKT die aktuellen Positionen der im Landtag vertretenen Parteien zu den wichtigsten bildungspolitischen Fragen des Handwerks bekannt machen. Der WHKT hat sich mit acht Fragen an die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen Klaus Kaiser (CDU), Ute Schäfer (SPD), Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) und Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen) gewandt und um schriftliche Beantwortung gebeten. Diese Antworten drucken wir im Folgenden ungekürzt ab. Interessant ist, zu welchen Fragen es klare Positionen gibt, wie Antworten das eigentliche Thema der Frage klassisch »umschiffen« und welche Botschaften zwischen den Zeilen zu lesen sind.



WESTDEUTSCHER HANDWERKSKAMMERTAG



THEMA BERUFSBILDUNG

1) Welchen Stellenwert hat das von der Wirtschaft verantwortete duale Ausbildungssystem in Ihren Augen?

Klaus Kaiser (CDU): Das duale Ausbildungssystem hat für uns einen hohen Stellenwert. Es sichert in Deutschland eine praxisnahe und anspruchsvolle Ausbildung und eine im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen es festigen und stärken.

Ute Schäfer (SPD): Bildung und Ausbildung haben bei der SPD höchste Priorität. Dabei halten wir am dualen Ausbildungssystem fest. Wir in NRW werden unseren Beitrag dazu leisten, dass in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Aus der Wirtschaft wird schon heute ein Fachkräftemangel gemeldet.

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die jeder und jedem eine Ausbildung auf qualitativ hohem Niveau ermöglicht. Auch wenn die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses vor allem in der Verantwortung der Wirtschaft liegen, erfordert dies eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Politik, Agentur für Arbeit und Berufsbildungsinstitutionen. Dabei ist die Wirtschaft angemessen finanziell zu beteiligen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, wieder mehr Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Die Ausbildungsgarantie bezieht sich nicht nur auf Schulabgänger, sondern auch auf Altbewerber. Jede und jeder hat auch eine zweite Chance verdient.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Wie aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP im Bund hervorgeht, hält die Bundesregierung das duale System der beruflichen Bildung für ein Erfolgsmodell. Um auch in Zukunft den hohen Anforderungen – u. a. bedingt durch die demographische Entwicklung, den technologischen Fortschritt sowie die wirtschaftliche Entwicklung – gerecht werden zu können, sollen die Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden. Dazu zählen die Modularisierung und die Flexibilisierung unter Wahrung des Berufsprinzips. Die Bundesregierung will sich gemeinsam mit der Wirtschaft dafür einsetzen, dass in den »Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)« die modernste Technologie zur Verfügung steht und über Kompetenzzentren wissenschaftliche und technologische Entwicklungen in die Betriebe transportiert werden. Diesen Zielsetzungen schließt sich auch die FDP-Landtagsfraktion in NRW an.

Die FDP-Fraktion im Bundestag hat bereits im Januar 2008 einen Antrag zur Weiterentwicklung des Bildungssystems eingebracht, der auch Reformschritte für den Bereich der Berufsbildung enthält (Drucksache 16/7733). Dort wird u. a. gefordert, auch in Zukunft die betriebs- und damit auftragsorientierte Qualifizierung durch das duale System sicherzustellen und die überbetrieblichen Bildungszentren, die zur Vermittlung von Aus- und Fortbildungsinhalten unverzichtbar sind, zu unterstützen.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Das duale Ausbildungssystem ist die wichtige und erfolgreiche Grundlage für die Berufsausbildung in Deutschland. Um den Ausbildungsmarkt von der konjunkturellen Entwicklung zu entkoppeln, brauchen wir neben der dualen Ausbildung aber auch eine hochwertige zweite Säule, die vom Staat verantwortet wird. Hier sollen auch -zertifizierte- Einzelleistungen aus der dualen Ausbildung anerkannt werden und so eine größere Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung ermöglichen.

Betriebe ohne Ausbildungstradition und kleine Unternehmen sollen durch Ausbildungsverbände unterstützt werden und damit die betrieblichen Ausbildungsstätten ergänzen.

2) Wie wollen Sie den Mangel an Fachlehrkräften an den Berufsschulen, insbesondere in naturwissenschaftlich-technischen Fächern, beseitigen, um die Effizienz des dualen Systems zu erhalten?

Klaus Kaiser (CDU): Die alte Landesregierung hat die Lehrernachwuchsgewinnung lange Zeit sträflich vernachlässigt. Das haben wir geändert. So haben wir die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst um über 3.000 Stellen auf 16.893 angehoben, um den steigenden Einstellungsbedarf zu decken. Wir haben seit dem Jahr 2005 8.124 neue Lehrerstellen geschaffen und die Demographiegewinne von rund 9.200 Stellen (bei einem Rückgang der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006 um über 160.000) im Schulsystem belassen während die ehemalige Schulministerin es noch als Erfolg darstellte, »nur« 16.000 Lehrerstellen zu streichen.

SPD und Grüne hatten beschlossen, den Verbeamtungsstatus für Lehrerinnen und Lehrer zum 31. Dezember 2007 abzuschaffen. Im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Lehrkräfte ist die Verbeamtung jedoch ein Standortvorteil. Aus diesem Grund hat die Landesregierung die Abschaffung der Verbeamtung rückgängig gemacht und die Verbeamtungsgrenze von 35 auf 40 Jahre angehoben.

Zur Bekämpfung des Lehrermangels hat die Landesregierung bereits vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Informationsveranstaltungen zum Lehrerberuf insbesondere für angehende Abiturienten, Wiedereinführung von zwei Einstellungsterminen im Vorbereitungsdienst, vorzeitige Einstellungszusagen (Frühbücher), Möglichkeit zur wöchentlichen Stellenausschreibung, Seiteneinsteigerprogramme, Erhöhung der Altersgrenze für die Verbeamtung auf 40 Jahre, Werbung über die Landesgrenzen hinaus (auch im europäischen Ausland zur Gewinnung von »native speakern«) und Austauschabkommen mit anderen Bundesländern stärken die Position Nordrhein-Westfalens im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Die rund 30 % der Bewerber für den Vorbereitungsdienst, die mittlerweile nicht aus Nordrhein-Westfalen kommen, sind ein Beleg für die Attraktivität des Lehramtes in unserem Land.

Nach der Reform der Lehrerausbildung wird in der nächsten Legislaturperiode eine große Dienstrechtsreform anstehen. Dabei wollen wir die spezifischen Bedarfe der Berufskollegs berücksichtigen.

Ute Schäfer (SPD): Der Fachlehrermangel an den Berufskollegs macht deutlich, dass dringend neue Wege beschritten werden müssen, um Lehrerinnen und Lehrer gerade für die Berufskollegs zu gewinnen. Um diesem Mangel zu begegnen und um die Attraktivität des Berufs »Berufskolleg-Lehrer/in« zu steigern, ist es u.a. notwendig, die Verbeamtungsgrenze auf 45 Jahre anzuheben und gleichzeitig die Regelungen für Seiteneinsteiger dem Bedarf entsprechend ohne Qualitätsverlust anzupassen. Zudem sind zusätzliche finanzielle Anreize nötig, um mehr junge Menschen für dieses Lehramt zu gewinnen und weitere Experten aus der Wirtschaft für den Lehrerberuf zu interessieren. Die Abschaffung des so genannten »Mangelfacherlasses« durch die schwarz-gelbe Landesregierung war ein großer Fehler, weil es den Fachlehrermangel an den Berufskollegs nochmals verschärft hat. Die Ausstattung der in der Lehrerbildung engagierten Hochschulen muss wesentlich verbessert werden. So sind entsprechende personelle und sachliche Ressourcen bereit zu stellen, damit ein modernes Lehramtsstudium in NRW durchgeführt werden kann. Notwendig sind hierbei feste Studienplatzkontingente insbesondere für das Lehramt Berufskolleg. Notwendig ist es zudem, Laufbahnkonzepte für die Bachelor- und Masterebene in den Berufskollegs zu entwickeln.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): In den letzten Jahren der Regierungsverantwortung sind verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden, um dem bestehenden Fachlehrermangel – der sich besonders an den beruflichen Schulen bemerkbar macht – entgegenzuwirken. SPD und Grüne haben über Jahre verkündet, dass keine weiteren Lehrer benötigt würden und dass ab 2008 ein Einstellungsstopp verhängt werden sollte. Darüber hinaus

wurden zwischen 1998 und 2004 3.500 Referendariatsplätze gestrichen. Die Ausbildung eines Lehrers dauert in der Regel sechs bis acht Jahre. Alle derzeit in den Schulen tätigen Lehrer müssen spätestens zwischen 2001 und 2003 ihr Studium aufgenommen haben.

Um diesem Mangel entgegenzuwirken, sind in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen ergriffen worden. So sind die Stellen im Vorbereitungsdienst kontinuierlich um über 3.000 Stellen erhöht worden. Jede freie Stelle kann ausgeschrieben werden; es werden keine Stellen, wie unter Rot-Grün, gesperrt. Auch wurde die vorzeitige verbindliche Einstellungszusage, selbst wenn z. B. die Stelle erst zum neuen Schuljahr zur Verfügung steht, eingeführt. Es wird aktive Werbung für den Lehrerberuf in Schulen und Universitäten betrieben und die Verbeamtungsgrenze wurde auf 40 Jahre erhöht. Weitere Maßnahmen bilden die Erhöhung der Stellen für den Vorbereitungsdienst, die Einführung von zwei Einstellungsterminen pro Jahr in den Vorbereitungsdienst, die Einstellung qualifizierter Seiteneinsteiger, die Flexibilisierung von Ganztagsmitteln, die Einstellung von Uni-Absolventen mit nur einem Fach, die Einrichtung von Zertifikatskursen, Qualifizierung (Lehrer) für Mangelfächer, die Einführung des ergänzenden zweijährigen Sprintstudiums für Mangelfächer (Informatik, Kunst, Mathematik und Physik), die Einstellung von Theologen als Religions- und Lateinlehrer mit entsprechender Qualifizierung und die Einstellung von Muttersprachlern (z. B. Spanien, GB oder Osteuropa).

Um die Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig an die Naturwissenschaften und die Technik heranzuführen und damit auch Lehrernachwuchs zu werben, will die FDP in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur Bildungspauschale ein Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen Infrastruktur der Schulen konzipieren. Dafür müssen auch die Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft genutzt werden. Die FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle Schüler Zugang zu modernen Fachräumen für den Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik erhalten. Die Freien Demokraten setzen bei der Nachwuchsgewinnung in diesem Bereich auf eine möglichst frühe und über die ganze Bildungskette angelegte Motivation und Qualifikation. Hierfür wollen die Liberalen die landesweit in mittlerweile 25 Zentren »Zukunft durch Innovation« geschaffene Vernetzung schulischer und außerschulischer Förderangebote in enger Partnerschaft von Schulen, Hochschulen, Kommunen und Wirtschaft weiterführen und ausbauen. Bis 2015 soll ihre Anzahl mehr als verdoppelt werden.

Des Weiteren will die FDP ein Lehrerarbeitszeitmodell einführen, das alle geleisteten Tätigkeiten transparent, fair und flexibel erfasst und so auch einen Beitrag zum Ausgleich in Mangelfächern leisten kann. Darüber hinaus möchten die Freien Demokraten für das Studium von Mangelfächern Leistungsanreize im Rahmen der Stipendiensysteme oder durch Prämienmodelle einführen. Für das Jahr 2012 ist eine umfassende Dienstrechtsreform angekündigt. Die FDP will die Modernisierung und die Stärkung des öffentlichen Dienstes vorantreiben und den Leistungsgedanken stärken. Daher sollen bei einer Dienstrechtsreform besonders auch Elemente des Leistungsanreizes eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus möchten die Liberalen im Zuge einer solchen Dienstrechtsreform Fortbildungspunkte einzuführen, die z. B. bei Beförderungen und bei leistungsbezogenen Zulagen herangezogen werden. Diese Elemente werden den Lehrerberuf attraktiver gestalten und somit auch eine bessere Nachfrage nach dem Lehramtsstudium an beruflichen Schulen unterstützen.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Wir wollen den Arbeitsplatz attraktiver machen, Aufstiegsmöglichkeiten und die Bezahlung verbessern. Wir wollen Zugangserleichterungen für Bewerberinnen und Bewerber mit beruflicher Qualifikation zum Studium sowie die Aufhebung der BAFöG-Altersgrenze von 30 Jahren. Vor allem darf es keine Restriktionen beim BAFöG für das Masterstudium geben. Berufskollegs sollen ihre Arbeit an den Schulen der Sekundarstufe I – einschl. des Gymnasiums ! – vorstellen können.

3) Was sollte aus Ihrer Sicht unternommen werden, um die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung im Kontext von allgemeiner und akademischer Bildung herzustellen?

Klaus Kaiser (CDU): Da annähernd 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen lernen, ist das Berufskolleg eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik, weil es eine breite Palette von beruflichen und allgemeinen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet und dadurch die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem wahrt und mit abbildet.

Die CDU bekennt sich zu einer besseren Anrechenbarkeit von beruflichen Ausbildungsgängen in Zusammenhang mit akademischer Bildung. So können z. B. fachliche Kenntnisse bei einem Studium Anerkennung finden. Im modularisierten Ansatz der Bachelor- und Masterstudiengänge besteht die Möglichkeit, mit den Akkreditierungseinrichtungen genau jene Bausteine zu diskutieren und sich anerkennen zu lassen.

Ute Schäfer (SPD): Wir sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Schaffung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen dem beruflichen Bildungs- und dem Hochschulsystem. Dies bedingt die Anerkennung und Anrechnung von Leistungen und Abschlüssen der beruflichen Bildung an den Hochschulen. Die vom WHKT vorgelegte wissenschaftliche Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass es fundierte Hinweise auf die bestehende Gleichwertigkeit beruflicher Weiterbildung und hochschulischer Bildung gibt. Und auch die Bertelsmannstiftung beschäftigt sich mit der »Berufsbildung 2015« in der Weise, dass sie Kompetenzorientierung konsequent umsetzen und Übergänge zwischen Berufsbildung und Hochschule durchlässig gestalten will. Für die Berufskollegs ist zu überprüfen, welche Bildungsgänge und Abschlüsse auf welche Studiengänge und Studienleistungen an Hochschulen angerechnet werden können. Erste Ansätze hierzu gibt es bereits zwischen Fachschulen der Berufskollegs und einzelnen Hochschulen. Dies muss auf weitere Bildungsgänge der Berufskollegs in Abstimmung mit dem gesamten Hochschulsektor übertragen werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Die Möglichkeiten für Berufstätige, nach der Ausbildung oder einer längeren Berufsphase eine hochschulische Ausbildung zu absolvieren, gewinnen in einer zunehmend wissensorientierten Gesellschaft und gerade unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens an Bedeutung.

Das nordrhein-westfälische Bildungssystem ermöglicht bereits jetzt den Zugang zu hochschulischer Bildung in vielfältiger Weise. Neben dem klassischen Abitur haben in der beruflichen Bildung Qualifizierte ohne Abitur verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu einem Hochschulstudium. In den entsprechenden Fachhochschulstudiengängen sind Meisterinnen und Meister im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung, Absolventinnen und Absolventen zweijähriger Fachschulausbildungen, Fachwirtinnen und Fachwirte sowie Fachkauffrauen und Fachkaufmänner beispielsweise bereits jetzt zugangsberechtigt.

Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister in NRW können zukünftig auch an unseren Universitäten studieren. Zudem wird intensiv an einer Reform der Zugangsregeln gearbeitet; es wird eine Ausweitung der prüfungsfreien Zugangsmöglichkeiten und einen weiteren Abbau von Beschränkungen geben. So tragen wir der Durchlässigkeit von beruflicher, schulischer und hochschulischer Bildung Rechnung.

Der Ausbau der nordrhein-westfälischen Fachhochschullandschaft stellt zudem sicher, dass das Angebot insbesondere von dualen Studiengängen – in enger Kooperation mit der Wirtschaft – ausgeweitet und damit die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung deutlich verbessert wird.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Der sich ausweitende Fachkräftemangel erhöht den Druck auf unser Schulsystem die Grundbildung für alle SchülerInnen zu sichern und größte Anstrengungen zu unternehmen, die Zahl der SchülerInnen, die der Risikogruppe zugerechnet endlich drastisch zu verringern. Weiterhin ist das Ziel richtig, mehr höherwertige Abschlüsse zu erzielen. Die Attraktivität der beruflichen Bildung ist eng verknüpft mit den Perspektiven, die jungen Menschen für ihren Lebens- und Berufsweg vermittelt werden kann. Das heißt auch besonders eine verlässliche Beschäftigungsperspektive, verbunden auch mit einer Weiterbildungsperspektive, die die Chancen im beruflichen Werdegang deutlicher und attraktiv macht.

4) Wirtschaftsnaher Berufsbildungszentren – vor allem im Handwerk mit 250.000 Besuchern jährlich in NRW – sind neben den Berufsschulen ein sehr wichtiger Bestandteil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Wie wollen Sie die staatliche Verantwortung auch hinsichtlich der Finanzierung dieser Einrichtungen garantieren?

Klaus Kaiser (CDU): Die Berufsbildungszentren profitieren insbesondere von Förderprogrammen des Landes wie der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) oder dem Werkstattjahr. Jährlich werden 14,6 Mio. Euro für die ÜLU vom Land aufgewendet.

Um die Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsfähigkeit des Handwerks zu erhöhen, stellt das Land alleine 13 Mio. Euro zur Verfügung. Die Vorgängerregierung hatte diese Mittel insgesamt auf 9,7 Mio. Euro zurückgefahren. Das Land unterstützt die Berufsbildungszentren ebenso bei den laufenden Kosten im Werkstattjahr. Weiterhin stellt das Land Gelder für die Modernisierung von Berufsbildungszentren zur Verfügung.

Ute Schäfer (SPD): Politik und Wirtschaft müssen gewährleisten, dass unser Land innovativ bleibt und sich neue Berufsbilder entwickeln. Wir fördern den technologischen Fortschritt, etwa im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes oder der erneuerbaren Energien. In den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Pflege und in der Kreativwirtschaft können in den nächsten Jahren zigtausende neuer Arbeitsplätze entstehen, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

Bei dieser Aufgabe sind die wirtschaftsnahen Berufsbildungszentren wichtige arbeitsmarktpolitische Akteure und Partner. Sie sind vor allem hinsichtlich ihrer Praxisorientierung und als Schnittstelle zu den kleinen und mittleren Unternehmen unverzichtbar.

Wir werden bis zu 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohem Praxisanteil öffentlich finanzieren, um den Ausbildungsmarkt in der Krise zu stabilisieren. Dies ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, weiter organisatorisch und finanziell unterstützen.

Der von uns initiierte Ausbildungsbonus ist auf alle unversorgten Jugendlichen auszuweiten. Dazu schlagen wir die Zahlung einer Prämie von 2.000 Euro an kleine und mittlere Betriebe vor, wenn diese einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen. Weitere 2.000 Euro soll das Unternehmen erhalten, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Eine gerade für kleine und mittelständische Betriebe wichtige Maßnahme zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft ist die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, für die das Land auch in diesem Jahr 14,6 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Mit dem Bildungsscheck erhalten Arbeitnehmer einen Zuschuss für Weiterbildung bis zu 500 Euro. Mehr als 250.000 Weiterbildungen wurden bis Ende 2009 finanziert.

Die FDP möchte die vorhandene Angebotsvielfalt der Bildung erhalten und durch Kooperationen auf kommunaler und regionaler Ebene besser verknüpfen. Wir wollen so regional vernetzte Bildungslandschaften schaffen, ohne jedoch auf berufliche Fragen spezialisierte Anbieter aus dem Markt zu verdrängen. Es sollen keine Doppelstrukturen entstehen, die gegebenenfalls durch zusätzliche schulische Angebote private oder privatwirtschaftliche Träger aus dem Markt verdrängen. Die FDP will Schulen, Berufskollegs, Hochschulen, Kammereinrichtungen sowie öffentliche und private Weiterbildungsinstitutionen darin bestärken und unterstützen, an der Herausbildung einer zusammenwachsenden Angebotslandschaft mitzuwirken. Hierzu zählen selbstverständlich auch Berufsbildungszentren, welche die Liberalen im Rahmen der jeweiligen rechtlichen Zuständigkeiten fördern und unterstützen wollen.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Die bildungs- und gesellschaftspolitische sowie nicht zuletzt volkswirtschaftliche Aufgabe, allen jungen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, Lebens- und Berufschancen zu sichern und die Potenziale individuell und für die Gesellschaft wirksam werden zu lassen, erfordert verlässliche Investitionen im gesamten Bildungsbereich. Deshalb müssen Bundes- und Landespolitik gemeinsam mit den übrigen Bildungsakteuren und hier besonders mit der Wirtschaft die Berufsbildungszentren sicherstellen.

Thema Schule / Frühkindliche Bildung

5) Welche politischen Handlungsbedarf sehen Sie in der frühkindlichen Förderung der Kinder?

Klaus Kaiser (CDU): Die Landesregierung hat das Angebot an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder kontinuierlich ausgebaut: Im Jahr 2005 gab es lediglich 11.800 Plätze. Für das kommende Kindergartenjahr 2010/2011 stehen landesweit 112.500 Betreuungsplätze für Unterdreijährige zur Verfügung (Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, privat-gewerbliche Plätze). Mit den im Landeshaushalt 2010 eingestellten Mitteln können alle von den Kommunen gemeldeten U3-Bedarfe für das Kindergartenjahr 2010/2011 (rd. 90.000) erfüllt werden.

Dank der gesetzlichen Verankerung der verbindlichen Sprachstandfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung und der daran anschließenden bedarfsgerechten Sprachförderung werden nunmehr fast ein Viertel aller Kinder frühzeitig vor dem Wechsel in die Grundschule in der deutschen Sprache gefördert.

Eine weitere Verbesserung der Qualität in der frühen Bildung, die auf eine intensivere, individuelle Förderung von Kindern abstellt, bleibt unser Ziel.

Mit den regionalen Netzwerken wurde ein neues Instrument geschaffen, an dem die an der Schule vor Ort beteiligten Gruppen oder Personen zusammenkommen und zur besseren Verzahnung beitragen. Dieses Instrument werden wir auch weiterhin nutzen und ausbauen. Zwischenzeitlich haben sich 40 regionale Bildungsnetzwerke gebildet. Ziel ist es, bis Ende 2010 in allen kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens solche Bildungsnetzwerke zu errichten.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, die Bildungsvereinbarung mit den Trägern im Elementarbereich (Kinder von 0 bis 6) weiterzuentwickeln und dabei die Kinder von 0 bis 10 Jahren in den Fokus zu nehmen. Diese Aufgabe wurde von den zuständigen Ministerien in Absprache mit Trägern der Tageseinrichtungen für Kinder und des Schulbereiches sowie Vertretern der Wissenschaft in Angriff genommen. Wir haben die Landesregie-

rung aufgefordert, den bevorstehenden Umsetzungsprozess der neuen Bildungsempfehlungen in der Praxis intensiv zu begleiten.

Weil mit den neuen Bildungsempfehlungen Kindertagesstätten und Grundschulen gemeinsam angesprochen werden, ist eine starre und sofortige Vereinbarung kein taugliches Mittel. Es geht nicht darum, als »Schnellschuss« eine neue Regelung auf den Weg zu bringen. Man wird daher einen Erprobungsprozess bis zum Jahr 2012 einleiten. Die Erfahrungen sollen in einer Überarbeitungsphase ausgewertet werden.

Ute Schäfer (SPD): Alle wesentlichen Studien weisen unmissverständlich nach, wie hoch der Stellenwert frühkindlicher Bildung für die spätere Entwicklung der Menschen ist. Das lässt sich anhand vieler Faktoren wie Schulleistungen, soziale Integration, Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder Einkommenshöhe nachweisen. Daher wollen wir diesen Bildungsbereich auch massiv stärken und ausbauen - und zwar für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen. Unter Ausbau verstehen wir im Wesentlichen zwei Dinge: Erstens müssen für alle Kinder ausreichende Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Da gibt es gerade für Unterdreijährige und im Ganztagsbereich noch viel zu tun. Auch der Ausbau in der Fläche unseres Landes lässt noch viele Elternwünsche offen. Wir wollen aber nicht nur über Plätze reden, sondern fordern zweitens, dass jeder Betreuungsplatz ein guter Ort für frühe Bildung sein muss. Auch hierzu liegen wissenschaftliche Nachweise vor: Eine hohe Qualität in der frühen Bildung nützt allen Kindern, vor allem denjenigen, die unter schwierigen sozialen Bedingungen ins Leben starten.

Der wichtigste Punkt ist in diesem Zusammenhang, dass die SPD sofort in eine schrittweise Beitragsbefreiung für frühkindliche Bildung einsteigen will. Diese soll zunächst für ein Kindergartenjahr erfolgen und dann nach und nach für alle Jahre eingeführt werden. Gleichzeitig wollen wir den Einstieg in die Beitragspflicht erst ab einem bestimmten Jahreseinkommen landesweit einheitlich regeln, um vor allem die Kinder aus schwierigeren sozialen Verhältnissen zu fördern.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): In der frühen Kindheit werden die Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungserfolg geschaffen. Mit dem zum 1. August 2008 neu eingeführten Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition jahrzehntelange Versäumnisse korrigiert, den pädagogischen Bildungsauftrag der Einrichtungen präzisiert und die Finanzierung der Elementarbildung massiv verbessert: Von Seiten des Landes wird mehr Geld als je zuvor für die Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung ausgegeben. In dem diesjährigen Landeshaushalt stellen wir insgesamt über 1,26 Milliarden Euro allein für diesen wichtigen Bereich bereit. Damit stellt die von der FDP mitgetragene Landesregierung für den Bereich der frühkindliche Bildung 40 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als noch Rot-Grün im Jahr 2005.

Wir streben an, dass tatsächlich alle Kinder bereits vor Schulbeginn eine ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen angemessene Förderung erhalten und mögliche Defizite frühzeitig behoben werden. Um den Kindern einen bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen, haben wir eine systematische Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt. Hierfür stellen wir mit 29,9 Millionen Euro vier Mal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung, wie noch Rot-Grün im Jahr 2005. Zudem haben wir die Betreuungsplätze für Unterdreijährige massiv ausgebaut. Ende dieses Jahres werden über 100.000 Betreuungsplätze für Unterdreijährige zur Verfügung stehen. Gegenüber der von Rot-Grün hinterlassenen Ausgangslage von 11.800 Plätzen haben wir das Platzangebot mehr als verachtfacht. Diesen Ausbau wollen wir weiter planvoll vorantreiben. Bis 2013 werden wir mit unserem Ausbauprogramm den Eltern in Nordrhein-Westfalen rund 144.000 U3-Plätze zur Verfügung stellen.

Wir wollen die Qualität der Elementarbildung und die Verzahnung mit dem Primarbereich weiter verbessern. Dazu werden wir ein übergreifendes, offenes Bildungskonzept von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen mit Leben füllen und in der Praxis verankern. Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen,

Begabungen und Beeinträchtigungen stellt die Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Die Qualifizierung des Fach- sowie des Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb dafür ein, dass bis 2015 ein Studium der Sozialpädagogik der frühen Kindheit oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. langjährige Berufspraxis in Verbindung mit nachgewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen) für die Leitung einer Kindertageseinrichtung zur Regel wird. Zudem haben wir festgelegt, dass das KiBiz im Jahr 2011 eine Revision durchlaufen wird. Wir werden dann gemeinsam mit allen Trägergruppen und kommunalen Spitzenverbänden prüfen, wo sich das KiBiz bewährt hat und wo gegebenenfalls nachgesteuert werden muss.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Alle Kinder müssen optimal gefördert werden. Dafür brauchen wir in allen Kindertageseinrichtungen eine hohe Qualität und ein bedarfsgerechtes Angebot. Entscheidend dafür sind gut ausgebildetes Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Bereits heute wird in der Kindertagesbetreuung engagierte und gute Arbeit geleistet, die in der gesellschaftlichen Anerkennung und bei der Entlohnung zu wenig gewürdigt wird. Wir wollen das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau der Erzieherinnen und Erzieher schrittweise erhöhen. Entsprechend europäischen Standards fordern wir einen (Fach)Hochschulabschluss für das pädagogische Personal in Kindertagesstätten – zunächst auf Leitungsebene. Darüber hinaus wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, um alle in Kitas tätigen Kräfte entsprechend der Bedeutung der frühkindlichen Bildung weiter zu qualifizieren – keine Berufsgruppe in der Kita soll außen vor gelassen und hinsichtlich der Qualifizierung abgehängt werden: Wir setzen weiterhin auf einen multiprofessionellen Personalmix. Die Höherqualifizierung der Fachkräfte muss sich auch in der Entlohnung ausdrücken.

Wir wollen Personalstandards und Gruppengrößen an wissenschaftlichen Empfehlungen orientieren. Dies bedeutet drei bis vier Kinder unter drei Jahren pro Fachkraft und höchstens acht Kinder pro Fachkraft für Kinder ab drei Jahren und folgende Gruppengrößen: für Kinder unter drei Jahren bis zu maximal zehn Kinder und für Kinder über 3 Jahre maximal 20 Kinder.

**6) Was sollte getan werden, um die Anzahl der Schüler, die weder schulische Ziele erreichen noch ausbildungsreif sind, drastisch zu reduzieren?
(Risikogruppe nach PISA – ca. 15–20 Prozent eines jeden Altersjahrgangs)**

Klaus Kaiser (CDU): Die CDU setzt auf individuelle Förderung und Verbesserung des Unterrichts sowie auf konsequentes Fördern und Fordern in allen Schulformen. Mit der Schaffung von 8.124 neuen Lehrerstellen sowie der Halbierung des Unterrichtsausfalls ist es gelungen, die größten Versäumnisse der Vorgängerregierung zu beseitigen.

Die Hauptschule als allgemeinbildende und ausbildungsqualifizierende Schule wurde bewusst gestärkt und profiliert. Zeit für individuelle Förderung, für Lebensweltbezug und für eine umsichtige Berufswegsplanung – das zeichnet die »Qualitätsoffensive Hauptschule« aus.

Mit dem »Berufswahlpass« werden die Schülerinnen und Schüler bei ihrer beruflichen Orientierung unterstützt. Er strukturiert die Angebote zur Berufsorientierung und dokumentiert die Teilnahme an Maßnahmen, die im Rahmen der Berufsorientierung ergriffen wurden. Er gibt den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihr eigenes Lernen zu organisieren und ihr Können kontinuierlich mit ihren beruflichen Plänen abzugleichen.

Für Schülerinnen und Schüler, deren Abschluss gefährdet ist, gibt es an vielen Hauptschulen das so genannte BuS-Projekt (Betrieb und Schule). Im 10. Schulbesuchsjahr können die Jugendlichen an diesem Projekt teilnehmen und besuchen dann an drei Tagen in der Woche die Schule, an zwei Tagen in der Woche arbeiten sie in einem Betrieb. Ziel ist es, den Jugendlichen die Möglichkeit zu einem Übergang ins Berufsleben zu eröffnen. Zudem kann der Hauptschulabschluss nach der Klasse 9 erworben werden.

Seit 2008 führt das Ministerium für Schule und Weiterbildung regelmäßig die »LernFerien NRW« durch. Zur Auswahl stehen dabei drei Themenschwerpunkte: Berufsorientierung, Versetzung sichern und Begabtenförderung. Das Prinzip der »LernFerien« ist es, Jugendliche an außerschulischen Orten individuell zu fördern und ihnen so neue Motivation für den Alltag zu geben.

Im Zuge der höheren Eigenverantwortlichkeit von Schule gibt es Projektmöglichkeiten für Schulen sich zu profilieren (so z. B. »Tandem4you« ein Verein der in Zusammenarbeit mit der Johannes-Rau-Hauptschule in Bonn-Bad Godesberg, Hauptschüler in Ausbildungsstellen vermittelt). Wir erhoffen uns, dass mit dem größeren Spielraum für die Schulen auch passende Lösungen vor Ort geschaffen werden.

Ute Schäfer (SPD): Die SPD will die beste Bildung für alle. Deshalb muss ein Bildungssystem so ausgerichtet sein, dass es flexibel und durchlässig ist. Gleichzeitig muss es für die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten von Kindern und Jugendlichen die richtigen Rahmenbedingungen geben, um Folgendes zu erreichen: Jedes Kind muss optimal gefördert werden. Jedes Kind muss optimale Leistungen einbringen können. Die SPD will einen Stufenplan für kleine Klassen umsetzen. Mittelfristiges Ziel sind Klassen, die nicht mehr als 25 Schülerinnen und Schüler haben, damit so individuelle Förderung besser gelingen kann. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass allen Menschen in unserem Land garantiert wird, entgeltfrei an einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung Schulabschlüsse nachzuholen.

Generell gilt: Das gegliederte Schulsystem lässt viele Bildungspotenziale ungenutzt. Wissenschaftlich erwiesen ist, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgebrochen werden kann, wenn Kinder die Chance haben, länger gemeinsam zu lernen. Deshalb setzt die SPD auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft. Die Gemeinschaftsschule wird jedes einzelne Kind fördern, ohne andere zu vernachlässigen. Sie rückt die individuelle Förderung in den Mittelpunkt und lässt kein Kind zurück. Der Bildungsförderplan der Grundschule wird in der Gemeinschaftsschule in Zusammenarbeit mit den Eltern fortgeführt. Die Gemeinschaftsschule garantiert die kontinuierliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen. Es gibt kein »Abschulen« mehr und Klassenwiederholungen werden unnötig.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Nach jahrelanger rot-grüner Bildungspolitik wurde am Ende der letzten Legislaturperiode offiziell festgestellt, dass in keinem anderen Bundesland die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzerwerb so groß war wie in Nordrhein-Westfalen. SPD und Grüne hatten 2004 darüber hinaus den Abbau von 16.000 Lehrerstellen bis 2013 angekündigt.

Unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden in den vergangenen Jahren 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und 9.200 sogenannte Demographiegewinne im System belassen. Diese im Vergleich zu Rot-Grün über 17.000 weiteren Stellen wurden überwiegend für die Stundenaufwüchse in der Sekundarstufe I, für den Ausbau des Ganztags, gegen den Unterrichtsausfall und für die Stärkung der individuellen Förderung verwandt. Dennoch konnten in den letzten Jahren bereits über 1.200 sehr große Klassen verkleinert werden. Bis 2015 streben die Liberalen eine deutliche weitere Reduzierung an. Langfristig soll keine Klasse mehr als 25 Schüler haben. Das zentrale bildungspolitische Ziel der FDP wird in der nächsten Legislaturperiode die umfassende Verkleinerung der Klassen darstellen, um die Pädagogen zu entlasten und die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen zu stärken.

Die Erhöhung des Haushalts für Schule und Weiterbildung um 2 Milliarden Euro und die hiermit verbundenen tausende zusätzlicher Stellen für die frühkindliche Sprachförderung, den Ausbau des Sprachunterrichts, für die individuelle Förderung, die Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems, Programme gegen die Schulmüdigkeit, Integrationsstellen sowie Sozialindexstellen für Schulen in sozial schwierigerem Umfeld bilden wichtige Bausteine, die für die Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Kindern aus bildungsfernen Schichten beigetragen haben. Auch wenn das Ziel, die individuelle Förderung flächendeckend an allen Schulen fest zu verankern, Zeit benötigt, sind dennoch schon erfreuliche Erfolge erzielt worden. So ist die Zahl der Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, seit dem Jahr 2005 von 3,4 Prozent auf 2,4 Prozent im Schuljahr 2009/2010 gesunken. Auch die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert werden. Die Quote der Schulabsteiger im Verhältnis zu den Schulaufsteigern liegt zum Schuljahr 2009/2010 bei 7 zu 1, unter Rot-Grün lag sie in den Jahren 2000 bis 2005 im Mittel dagegen noch bei 15 zu 1. Dies ist eine Verbesserung um mehr als 55 Prozent.

In den nächsten Jahren soll durch eine weitere Verkleinerung der Klassen, die kontinuierliche Verstärkung der Berufsorientierung, des weiterführenden bedarfsgerechten Ausbaus der Ganztagsangebote und den verstärkten Einsatz von Schulpsychologen und Sozialpädagogen der Anteil derjenigen Schüler, die als nicht ausbildungsfähig die Schulen verlassen, konsequent weiter gesenkt werden.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Wir brauchen eine andere Schulkultur, die stärkt und motiviert und Schluss macht mit Beschämen, Demütigen, Aussortieren und Abschulen. Wir brauchen eine andere Lernkultur, die frühzeitig Schwächen und Stärken jeden einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin erkennt und individuell fördert und auf das jeweilige Lerntempo eingeht.

In der Schule muss ein multiprofessionelles Unterstützungssystem (Sozialpädagogik, Schulpsychologen, Gesundheitsexperten usw.) etabliert werden, damit sich die Lehrkräfte der Lernunterstützung widmen können. Insbesondere muss durch das Unterstützungssystem auch die wertschätzende Elternmitwirkung und wo nötig die unterstützende Elternbildung intensiviert werden.

7) Welche Schulstruktur mit welchen Schulabschlüssen Ihrer Meinung nach für NRW zukünftig ideal?

Klaus Kaiser (CDU): Wir halten an der bewährten Schulstruktur fest. Als einzige Partei stehen wir zu allen Schulformen in Nordrhein-Westfalen. Gymnasium, Realschule, Förderschule, Berufskolleg, Gesamtschule und Hauptschule sind wichtige und leistungsfähige Säulen unseres Bildungssystems.

Wir sind davon überzeugt, dass die ständige Debatte über Fragen der Schulstruktur nicht weiter hilft. Wir brauchen vor allem eine Diskussion darüber wie gelernt, gelehrt und was im Unterricht eigentlich vermittelt werden soll. Die Qualität des Unterrichts wiederum hängt davon ab, wie gut die Lehrkräfte qualifiziert sind. Außerdem muss der Unterricht natürlich überhaupt stattfinden. Die Landesregierung hat den Unterrichtsausfall im Vergleich zu 2005 nahezu halbiert. Wir stehen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler: Mit uns wird es keine Einheitsschulen und keine Gleichmacherei geben! Und wir stehen uneingeschränkt zu unseren Schulen in freier Trägerschaft, die unser Schulsystem nicht nur ergänzen, sondern bereichern.

Ute Schäfer (SPD): Mit dem gegenwärtigen Schulsystem sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine hohe Bildungsbeteiligung nicht zu erreichen. Zudem stellt uns die Wissensgesellschaft von heute vor Herausforderungen, denen wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen können. Auch erfordert die demografische

Entwicklung einen Umbau unseres Schulsystems, weil anders ein wohnortnahes Schulangebot nicht gesichert werden kann.

Deshalb will die SPD die Gemeinschaftsschule ermöglichen, die folgenden Prinzipien folgt: Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, des Schulträgers und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung, beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen, vorgenommen. Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium. Bei der Gestaltung der Gemeinschaftsschule sind pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen notwendig. Die SPD will, dass die konkrete Ausgestaltung der inneren Organisation eine gemeinsame Entscheidung der Schulen, der Schulträger und der Eltern ist. Gemeinschaftsschulen können über eine gymnasiale Oberstufe verfügen, in der der schulische Teil der Fachhochschulreife als auch die allgemeine Hochschulreife erlangt werden kann.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Durch den demographischen Wandel und den veränderten Elternwillen unterscheiden sich die Rahmenbedingungen für das weiterführende Schulwesen regional immer stärker. Die FDP will deshalb das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln. Wir stehen für eine erweiterte Entscheidungsfreiheit vor Ort und für neue Möglichkeiten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schulstruktur zu entwickeln. Damit grenzen wir uns von Bildungskonservativen ab, die sich verändernde Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Zugleich wenden wir uns gegen all diejenigen, die sinkende Schülerzahlen und Bildungsstudien nur vorgeben, um in Wahrheit egalitäre gesellschaftspolitische Vorstellungen durch ein Einheitsschulsystem anzustreben, das nicht zur deutschen Bildungstradition passt, das pädagogisch einem gegliederten Schulsystem unterlegen ist, das immense Umstellungskosten verursacht sowie Eltern, Lehrer, Hochschulen und Wirtschaft über eine ganze Generation zutiefst verunsichern würde.

Die FDP will neben Haupt-, Real-, Gesamtschulen sowie Gymnasien neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen. Diese Schulform neuen Typs soll im Sinne einer differenzierten Regionalschule (»regionale Mittelschule«) auch bei sinkenden Schülerzahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativem Anspruch garantieren. Geeignete Schüler können im Anschluss die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erwerben. Damit möglichst viele Schüler einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können, wollen wir institutionelle Barrieren abbauen und hierzu unter anderem Kooperationen mit (berufs-)gymnasialen Oberstufen stärken. Wir werden die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden zu diesem Zweck konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiterentwickeln, beispielsweise indem auf den besonderen Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung verzichtet wird.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Wir Grünen wollen ein gerechtes, Individualität und Leistung förderndes Schulsystem für NRW, das Kinder und Jugendliche ermutigt und stärkt. Wir wollen die Schule von Grund auf neu denken und gestalten. Das vielgliedrige Schulsystem ist längst an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so, wie es nötig und möglich wäre. Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähriger Kinder zu erreichen. Es kommt darauf an, die neue Lernkultur mit einer förderlichen neuen Schulstruktur zu verbinden. Jede Schule fördert jedes ein-

mal aufgenommene Kind bis zu einem qualifizierten Schulabschluss. Nicht mehr das Aussortieren und Abschulen, sondern eine individuelle Förderung muss die Schule prägen. Dabei greifen innere und äußere Schulreform ineinander:

- Individuelle Förderung – Gemeinschaft erleben und gestalten: Gemeinsam lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit!
- In Ganztagschulen Zeit und Raum schaffen für das bessere Lernen: Schule als Lern- und Lebensort!
- Voneinander und miteinander lernen – Respekt, Wertschätzung und Beteiligung prägen die neue Schulkultur: Es ist normal, verschieden zu sein!
- Die neue Schule erkennt die Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler an, bringt ihnen Wertschätzung entgegen und ermöglicht vielfältige Lernwege.

Eine gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur von Anerkennung und Wertschätzung der Verschiedenheit aus. Wir haben einen ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbegriff, der Bildung als Wert an sich betrachtet. Soziales und emotionales Lernen gehört zur Entwicklung der Persönlichkeit ebenso wie kritisches und kreatives Denken und die Vermittlung der notwendigen fachlichen Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Lernen muss Sinn machen, Kinder und Jugendliche sollen lernen, das eigene Leben in die Hand zu nehmen. Interkulturelles Lernen muss Bestandteil sein wie auch das Lernen und Leben von Demokratie. Lebensgestaltungs- und Nachhaltigkeitskompetenzen, z. B. Ernährung, Gesundheits- und Verbraucherbildung, gehören ebenso zu einem umfassenden Bildungsauftrag.

Wir wollen Lernbarrieren abbauen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit schaffen. Anzustreben ist eine gesicherte Grundbildung für möglichst alle Schülerinnen und Schüler (entspricht Standards des mittleren Bildungsabschluss der allgemein bildenden Schulen). Das ehrgeizige Ziel muss es für die Bildungspolitik und alle gesellschaftlichen Kräfte sein, dass kein Schüler, keine Schülerin ohne Abschluss und offen für Weiterbildung bleibt. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an.

8) Die unzureichende Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler, insbesondere an Gymnasien, macht uns Sorgen. Wie wollen Sie diesem Thema begegnen?

Klaus Kaiser (CDU): Der Ausbildungskonsens NRW hat am 16. Mai 2007 das Rahmenkonzept »Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung« verabschiedet. Das Konzept soll eine auf Dauer angelegte Implementierung der Berufsorientierung in allen allgemein bildenden Schulen des Landes erreichen.

In vielfältigen Projekten erhalten die Schulen zur Berufsorientierung und Kooperation mit außerschulischen Partnern Unterstützung seitens der Stiftung »Partner für Schule«, der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaftspartner im Ausbildungskonsens NRW.

Mit dem bundesweit einmaligen, flächendeckenden Programm »Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten« unterstützen die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und das Schulministerium seit 2008 die weiterführenden Schulen bei der individuellen Berufsorientierung ihrer Schüler. Für 2010 haben mehr als 1500 Schulen den Zuschlag für ein Fördermodul erhalten.

Ein weiteres, im letzten Jahr gestartetes Angebot für Haupt- Gesamt- und Förderschulen ist »STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung«. Es zielt ab auf eine systematische Stärkung der Lernkompetenz und damit der Ausbildungs- und Berufswahlreife von Jugendlichen in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10. Die praxisorientierten

Lerneinheiten finden zeitweise auch außerschulisch in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten statt.

Ein weiteres Modell, das auch ein bundesweites Echo erfahren hat, ist der »Gevelsberger Ausbildungspakt«. Dort schließt die Kommune mit Schülern der örtlichen Hauptschule einen Vertrag ab, der ihnen eine hohe Leistung abverlangt, aber im Gegenzug dafür einen Ausbildungsplatz garantiert. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit von Schule und Kommune, von Kammern, Verbänden und engagierten Unternehmen. Die Partner im Branchendialog Nordrhein-Westfalen (Gewerkschaften, Wirtschaft und Landesregierung) haben sich zum Ziel gesetzt, mindestens 50 solcher Modelle in Nordrhein-Westfalen zu etablieren.

Hinzu kommt das Pilotprojekt »Wirtschaft« an Realschulen, das ab Herbst 2010 startet. Damit soll ein solides Wirtschaftswissen für Alltag und Beruf vermittelt und konkrete Hinweise auf Inhalt und Umfang eines solchen Faches in der Zukunft erarbeitet werden.

Alle weiterführenden Schulen sind Ende 2007 durch das Schulministerium aufgerufen worden, eine Koordinatorin bzw. einen Koordinator für Berufs- und Studienorientierung (StuBOs) zu benennen. Über 2.000 Lehrkräfte erhielten hierfür seit 2008 durch die Stiftung Partner für Schule NRW eine Grundqualifizierung.

Ute Schäfer (SPD): Schon zu Zeiten der SPD-geführten Landesregierung gab es an den nordrhein-westfälischen Schulen umfangreiche Programme und Maßnahmen zur Förderung der Berufsorientierung. Zu nennen sind z. B. die Zusammenarbeit von Berufsberatung und Schule, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, das Schülerbetriebspraktikum, die Berufsorientierung in der Gymnasialen Oberstufe und auch die Qualifizierung der Lehrkräfte durch Fortbildung und Lehrerbetriebspraktika.

Nun sind im Einzelnen erforderliche Maßnahmen zu ergreifen und vorhandene Förderinstrumente intensiver zu nutzen durch Einrichtung von Praxisklassen, durch Kompetenzchecks und Förderpläne zur Früherkennung von Problemfällen. Daneben gilt es, insbesondere die Kooperation mit Betrieben zu fördern, bestehende Kooperationen auszuweiten und neue abzuschließen. Auch sollten Teilabschlüsse in der Berufsvorbereitung ermöglicht und innovative Ansätze regional erprobt werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): In den vergangenen Jahren ist auf eine verstärkte Ausbildungs- und Berufsorientierung z. B. in den Hauptschulen großer Wert gelegt worden. Hierzu zählen etwa frühzeitige und langfristige Praxisphasen. Um Schülern frühzeitig ein Orientierungswissen über unsere Wirtschaftsordnung und ihre Rechte als Verbraucher zu vermitteln, fordert die FDP die systematische Einbeziehung entsprechender Inhalte in den bestehenden Fachunterricht aller weiterführenden Schulen. An den Realschulen ist bereits ein Modellversuch »Wirtschaft« in der laufenden Legislaturperiode ermöglicht worden. Alternativ zu einer verstärkten Vermittlung wirtschaftlichen Wissens in allen weiterführenden Schulen prüft die FDP die Einführung eines eigenständigen Faches »Wirtschaft«.

Die sich in Folge der höheren Übergangsquote heute stärker als früher unterscheidenden Bedürfnisse und Leistungsvermögen von Schülern machen eine Weiterentwicklung der Förderbedingungen am Gymnasium erforderlich, beispielsweise durch eine Verkleinerung der Klassen und eine methodisch-didaktische Fortbildung der Lehrkräfte. Die Freien Demokraten wollen vor allen Dingen die Ausbildungs- und Studierfähigkeit an den Gymnasien erhöhen; hierfür sollen die Kernfächer gestärkt werden. Die FDP will die bereits beschlossene Reform der gymnasialen Oberstufe mit dieser Stärkung der Kernfächer baldmöglichst umsetzen: Die Überspezialisierung durch das Grund- und Leistungskurssystem wird aufgegeben, die für die Studierfähigkeit grundlegenden Fächer Deutsch, Mathematik und eine fortgeführte Fremdsprache werden mit vier Wochenstunden auf einem erhöhten Anforderungsniveau unterrichtet und im Abitur geprüft.

Sigrid Beer (Bündnis 90 / Die Grünen): Die überkommene Vorstellung des gegliederten Schulsystems geht davon aus, dass die Gymnasien für theoretisch begabte, die Hauptschule für praktisch begabte Kinder die angemessene Schulform sei. Dementsprechend wurde traditionell davon ausgegangen, dass AbiturientInnen des Gymnasiums studieren. Mittlerweile ist die Annahme der o.g. statischen Begabung als unwissenschaftlich widerlegt worden. Gleichzeitig gibt es aber mittlerweile viele Ausbildungsberufe, bei denen Abitur gefordert oder zumindest erwünscht ist. Deshalb kommt der Berufsorientierung im Gymnasium eine wichtige Rolle zu. Sie zu stärken wäre auch eine Aufgabe der Regionalen Bildungskonferenzen, in denen viele Bildungsakteure lokal/regional angepasste Lösungen gemeinsam erarbeiten.